

Ende Februar prognostizierte der Kämmerer, dass der Haushalt 2023 mit einem Plus von 14,2 Millionen Euro abschneiden würde, um dann in der Sitzung des Finanzausschusses am 02. Mai dieses Jahres zu verkünden, dass sich das Jahresergebnis auf 7,1 Millionen Euro belaufen würde.

In seiner Rede bei der Einbringung des Haushaltes am 07. Februar 2024 erklärte der Kämmerer zu der Ausgleichsrücklage, ich zitiere:

„In der Summe der vorliegenden Planung wird die Ausgleichsrücklage mit insgesamt 69 Millionen Euro in Anspruch genommen, so dass sich diese auf 28,2 Millionen Euro nach 2028 verringert.“

In dem Veränderungsnachweis, den der Kämmerer am 02. Mai 2024 im Finanzausschuss einbrachte, erklärte er, ich zitiere:

„Die vorhandene Ausgleichsrücklage der Stadt ... wird planerisch in den Jahren 2024 bis 2026 vollständig aufgebraucht.“

Am 07. Februar 2024 erklärte der Kämmerer zur Inanspruchnahme der Allgemeinen Rücklage, ich zitiere:

„Der heute eingebrachte Entwurf sieht für die Jahre 2024 bis 2028 eine Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage von jeweils 10 Millionen Euro pro Jahr vor. Prozentual beläuft sich diese Entnahme jedes Jahr auf zwischen 1,89 Prozent und 2,04

Prozent. Die Pflicht zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes liegt nicht vor.“

In dem Veränderungsnachweis heißt es, ich zitiere:

„Ein Rückgriff auf die Allgemeine Rücklage, um die verbleibenden Defizite in den Jahren 2026 bis 2028 auszugleichen, würde ... zur Pflicht zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes führen, da in zwei aufeinander folgenden Haushaltsjahren (2027 und 2028) die Allgemeine Rücklage jeweils um mehr als 5 Prozent verringert wird.“

Innerhalb eines Vierteljahres, hat der Kämmerer seiner Haushaltsplanung die Grundlage entzogen.

Die Situation der Krefelder Stadtfinanzen hat sich so verändert, dass die Pflicht zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes besteht.

Um einen Gesichtsverlust zu vermeiden, hat die Verwaltung den Vorschlag gemacht, von der Möglichkeit des Verlustvortrages Gebrauch zu machen.

Das heißt: Einen verbleibenden Jahresfehlbetrag in der Planung auf drei folgende Haushaltsjahre vorzutragen.

Das würde nur dann Sinn machen, wenn von einem Überschuss ab 2029 ausgegangen werden könnte. Davon dürften allerdings auch die größten Optimisten nicht ausgehen.

Wir kommen um ein Haushaltssicherungskonzept nicht herum. Besser früher als später. Besser heute als morgen.

Aber nicht nur der absehbare vollständige Verzehr der Ausgleichsrücklage und die Inanspruchnahme der Allgemeinen Rücklage müssen uns veranlassen, jetzt ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen.

Bereits im nächsten Jahr, werden wir uns mit dem nächsten Haushaltsloch beschäftigen müssen. Dann muss entschieden werden, wie mit den Corona- und Ukraine- bedingten Aufwendungen in Höhe von insgesamt 141,7 Millionen Euro verfahren werden soll. Es darf als frivol bezeichnet werden, diese Problematik aus den diesjährigen Haushaltsberatungen auszuklammern. Die Verwaltung zieht sich mit der Aussage aus der Affäre, dass dies ein Problem des Stadtrates sei und enthält sich jedes konkreten Vorschlages. Das ist Arbeitsverweigerung.

Wo muss ein Haushaltssicherungskonzept ansetzen, das wir jetzt und heute brauchen, bei den Einnahmen oder bei den Ausgaben?

Die Antwort ist: Krefeld hat kein Einnahmen, sondern ein Ausgabenproblem.

Die Verwaltung geht auch in den nächsten Jahren von Rekordsteuereinnahmen aus.

Trotz veranschlagter Rekordsteuereinnahmen: Nur mit einem Verzehr des Eigenkapitals, nur mit Hilfe eines fiktiven globalen Minderaufwandes, nur mit Hilfe eines Verlustvortrages soll sich ein ausgeglichener Haushalt bis 2028 darstellen lassen.

Fazit ist: Wir müssen an die Ausgaben ran!

Bei welchen Ausgaben muss ein Haushaltssicherungskonzept ansetzen?

Die Antwort ist: Bei den Personalkosten.

Die neue Haushaltsmehrheit will allerdings die Personalkosten erhöhen.

- Der neu geschaffene überflüssige Fachbereich Wohnen kreiert eine Fachbereichsleitung, eine Assistenz der Geschäftsführung, einen Abteilungsleiter, einen Techniker sowie eine Sachgebietsleitung.

Überflüssig, weil wir eine städtische Wohnungsbaugesellschaft, die Wohnstätte haben.

- Der höchst überflüssige Beitritt zur „Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“ kreiert nicht nur Sachaufwendungen in Höhe von 25 Tausend Euro im Zeitraum von zwei Jahren, sondern auch Personalkosten für zwei Jahre in Höhe von jeweils 93 Tausend Euro, danach die Einrichtung einer Stelle mit voraussichtlich 46 Tausend Euro.

Höchst überflüssig, weil wir eine funktionierende Gleichstellungsstelle haben

- Ohne dass dies in den Beratungen des Finanzausschusses am 02. Mai reflektiert wurde, verfolgt die Haushaltsmehrheit die Gründung eines weiteren städtischen Betriebes. Dieser Betrieb soll unter den Fittichen des Kommunalbetriebs Krefeld Reparaturen und Instandsetzungen erbringen. Es ist klar, dass dem Kommunalbetrieb Krefeld dafür neue Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen.

Begründet wird die Gründung dieses neuen städtischen Betriebes damit, dass er, „effizienter, marktunabhängiger agieren“ könne.

Was die Effizienz eines städtischen Betriebes unter den Fittichen des Kommunalbetriebs Krefeld angeht, dürften sich die Erwartungen in Grenzen

halten. Wie man aber zu der Einschätzung kommt, dass ein städtischer Betrieb „marktunabhängiger“ als ein Unternehmen der Privatwirtschaft ist, ist jedenfalls für uns nicht nachvollziehbar.

Die Krefelder Straßen, Gehwege und Fahrradwege brauchen nicht noch einen neuen städtischen Betrieb.

Die Löcher in den Krefelder Straßen, Gehwegen und Fahrradwegen kann man aber auch nicht mit Geld zuschütten. Weder mit 20, 25 noch mit 30 Millionen Euro.

Der Kommunalbetrieb Krefeld ist eine Fehlkonstruktion, die man mit noch so viel Zuschüssen nicht an's Laufen bringt.

Wir sollten über Alternativen nachdenken

Auch wenn die FDP-Fraktion die Haushaltsplanung ablehnen wird, möchten wir dem Rat und der Verwaltung das Angebot machen, gemeinsam den Wirtschaftsstandort Krefeld zu stärken. Denn dies scheint uns am Ende des Tages noch wichtiger zu sein, als sich über Themen wie eine neue Veranstaltungshalle, ein neues Verwaltungsgebäude und einen Surfpark auseinander zu setzen. Denn es geht um viele gut bezahlte Industriearbeitsplätze mit guter Kaufkraft und guten Steuereinnahmen.

Für die Krefelder Wirtschaft entziehen sich viele Stellschrauben unseren Einflussmöglichkeiten. Große Teile der Krefelder Wirtschaft sind exportorientiert und müssen sich dem Wettbewerb des Weltmarktes stellen. Für sie sind insbesondere die hohen Energiekosten ein großes Problem. Es gibt

aber Rahmenbedingungen, bei denen wir etwas für die Krefelder Wirtschaft tun können. Da Gewer

- Das ist zum Ersten die Krefelder Infrastruktur. Eben habe ich bereits etwas zu dem Zustand der Straßen gesagt. Dazu gehört auch das Thema der Rheinbrücke, bei der es um die Hauptschlagader des Krefelder Hafens geht. Die alte Krefelder Rheinbrücke muss weg!

Sie darf nicht durch Uerdinger Reminiszenzen länger als unvermeidbar am Leben gehalten werden.

- Zum Zweiten geht es um den Fachkräftemangel. Hier ist die Stellschraube der Schulentwicklungsplan. Wir müssen einen Schwerpunkt auf die Berufskollegs legen. Statt ein nicht ausreichend frequentierte Innenstadt-Gymnasium künstlich am Leben zu halten, sollten wir uns im Schulentwicklungsplan auf die berufliche Bildung konzentrieren.

- Zum Dritten ist hier die auch in Krefeld zu beklagende Bürokratie zu nennen. Immer wieder wird die Länge von Genehmigungsverfahren von der Wirtschaft kritisiert. Wir brauchen endlich die seit langen geforderte One-Stop-Agency. Eine Art „Maak-et“ für die Krefelder Wirtschaft. Ein Vorschlag ist, dass Anträge wegen fehlender Unterlagen nur einmal zurückgewiesen werden dürfen.

- Zum Vierten das klare Bekenntnis von Politik und Verwaltung zu Krefeld als Industriestadt, das von der Wirtschaft vermisst wird.

Wir wollen vieles sein, Sportstadt, Kulturstadt und immer noch am liebsten eine Stadt wie Samt und Seide.

Der Ast, auf dem wir sitzen, ist aber die Krefelder Industrie. Deshalb können wir das Bekenntnis Krefelds als Industriestadt nicht allein dem Wirtschaftsdezernenten überlassen. Die Selbstverortung als „Industriestadt am Rhein“ könnte im regionalen, nationalen und internationalen Wettbewerb hilfreich sein, insbesondere, wenn wir auf die exzellenten verkehrlichen Verbindungen und das breite Spektrum der in Krefeld ansässigen Industrie hinweisen.

Unser Angebot, gemeinsam etwas für die Krefelder Wirtschaft zu tun, steht. Wir würden uns freuen, wenn Politik und Verwaltung hier an einem Strang ziehen würden.